

Laibacher Zeitung.

Nr. 286.

Pränumerationspreis: Im Comptoir gangl.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 kr. Mit der Post gangl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 12. December

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr.,
2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr.,
3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesmal 30 kr.

1867.

Amthlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. December d. J. die von Alexander Dreo, Joseph Luckmann, Vincenz Hansel, Richard Janeschitz, Joseph Hauffen, Albert Samassa und Genossen beabsichtigte Errichtung einer Actiengesellschaft zur Gewährung von Crediten an die Handels- und Gewerbetreibenden in Krain unter der Firma „Laibacher Gewerbebank“ allergnädigst zu bewilligen geruht.

Das Finanzministerium hat die bei der Landeshauptcasse zu Brünn erledigte Controlorsstelle dem substituirten Obergerichtspräsidenten des Preßburger Gefällenober- und Steueramtes Franz Köfner verliehen.

Der Justizminister hat den Staatsanwaltsadjuncten Michael Schöber in Wien zum Staatsanwalt bei dem Kreisgerichte in Wiener-Neustadt ernannt.

Der Justizminister hat den Tarnopoler Staatsanwaltsadjuncten Heinrich Jakubowski über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft zur Staatsanwaltschaft in Przemyśl übersezt und den Plockower Kreisgerichtsadjuncten Ludwig Muz zum Staatsanwaltsadjuncten in Tarnopol ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksamtsadjuncten Wenzel Dworak in Mähle zum Staatsanwaltsadjuncten bei dem Kreisgerichte in Rentitschein ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 11. December.

Nach den neuesten Nachrichten, die wir einem stets gut unterrichteten Blatte, der Wiener „Debatte“, entnehmen, wird das Verfassungswerk durch das Herrenhaus nicht verzögert werden. Die Commission des Herrenhauses hat nach längerer Discussion, an welcher auch die Minister theilnahmen, die Abänderungen des Abgeordnetenhauses sowohl an dem Verfassungsgesetze, als auch in den Staatsgrundgesetzen angenommen. Es sind somit die Schwierigkeiten als beseitigt anzusehen, welche bis jetzt noch dem Zustandekommen der Verfassungsgesetze im Wege standen. Aber auch die constitutionellen Gesetze: das Ehe- und Schulgesetz, werden zuversichtlich noch vor dem Weihnachtsfeste ihre Erledigung von Seite des Herrenhauses erfahren, welches, so weit die Information der „Deb.“ reicht, ohne wesentliche Modificationen die erwähnten Gesetze acceptiren wird, wie sie aus der Fassung des Abgeordnetenhauses hervorgegangen. In der letzten Sitzung, welche die Commission des Herrenhauses dieser Angelegenheit widmete, war die weitans überwiegende Majorität der Commission für die Normen des Ehegesetzes in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung. Die Nothwendigkeit der Aufhebung der geistlichen Ehegerichte wurde in sehr herber Weise und in erster Linie vom Freiherrn v. Lichtenfels dargelegt; er begründete seine Forderung einfach mit dem Wunsche nach Wiederherstellung jener Bestimmungen, die nach dem bürgerlichen Gesetzbuch vor Abschluß des Concordats schon rechtskräftig waren. Auch die Einführung der Civilrechte wird nach den bisher bekannt gewordenen Anschauungen der Commissions-Majorität von dieser acceptirt werden.

Der ungarische Landtag hat das Quotengesetz angenommen und wird das Gesetz über die Staatsschuld gleichfalls acceptiren. Von mächtigster Wirkung war die Rede des Baron Eötvös; er begründete die Nothwendigkeit der Uebernahme der Leistungen für die gemeinsamen Angelegenheiten als eine unerlässliche Pflicht gegenüber den übrigen Völkern des Reiches, als ein Dictat über den unvollständigen Interessengemeinschaft, die eine Jahrhunderte alte geschichtliche Entwicklung geschaffen. Wir müssen einen Theil der drückenden Lasten auf uns nehmen, ruft Eötvös dem Parlamente zu, nicht Anderen zu Liebe, sondern in unserem Interesse, damit der andere Theil des Reiches nicht unter der Wucht der ganzen Last zusammenbreche und in seinem Sturze auch die Wohlfahrt Ungarns mit sich in den Abgrund reiße.

Die Rede ist eine neue Bürgschaft dafür, daß Ungarn das Wohl des Reiches als mit seinem eigenen aufs innigste verflochten ansieht, und da die Interessen

politisch heutzutage mehr als je als die sicherste betrachtet wird, so darf man für die Zukunft unseres staatsrechtlichen Zusammenlebens mit Ungarn die besten Erwartungen hegen.

In Croatien sind die Landtagswahlen bisher überwiegend im Sinne Ungarns ausgefallen. Die Unionspartei veröffentlicht das Unionsprogramm. Dasselbe umfaßt: die vollständige politische, nationale und Landesautonomie, respective die von Ungarn unabhängige Legislative in Cultus, Unterricht, Inneres und Justiz; die nachträgliche Anerkennung des staatlichen Dualismus und die Union des Krieges, der Finanzen und des Handels, welche auch Artikel 42 zum Gegenstande des engeren Verbandes machen; gemeinsame Behandlung dieser Angelegenheiten mit Ungarn geschieht derart, daß die Sicherung unserer politischen Individualität, unsere Vertretung an der gemeinsamen Gesetzgebung, welche nur aus dem Agrar Landtage wählbar und entsendbar ist, festgestellt werde; ferner die Unterstützung aller Landtagsforderungen der Vereinigung Dalmatiens und der Militärgrenze, die Rechtswahrung auf Fiume, die Einlegung der Rechtswahrung gegen die octroyirte Landtagswahlordnung, die Entsendung einer Landtags-Regniculardeputation zur paritätischen Verhandlung aller schwebenden Fragen mit einer ungarischen Deputation.

In der römischen Frage ist der Eindruck der Rede Rouher's die wir weiter unten bringen, noch vorherrschend. Die Aussichten der Conferenz scheinen dadurch auf Null zusammenzuschmelzen. Die Mächte verhalten sich kühl, Rußland deducirt die Nutzlosigkeit einer programmlosen Conferenz. Italien sagt zwar zu, legt aber im voraus Protest ein gegen ein entscheidendes Votum einer ohne vorher bestimmtes Programm zusammentretenden Conferenz, es will eben nichts von seinen Ansprüchen fahren lassen, es vertagt sie nur auf günstigere Zeit. Zur Aufklärung der Sachlage wird übrigens der „Opinion“ aus Paris geschrieben:

Die Rede des Herrn Rouher im gesetzgebenden Körper hat allgemein überrascht. Die Kollegen des Herrn Rouher erwarteten am wenigsten die Erklärungen, welche er abgab, und die strenge Form, in die er sie kleidete. Es heißt, Herr Rouher habe sich in seinen Behauptungen zu Gunsten der weltlichen Gewalt eine Uebertreibung zu Schulden kommen lassen, in der Absicht, irgend einer Tagesordnung der Mehrheit zuvorzukommen, welche die Action der Regierung fesseln konnte. Dennoch wird von Allen anerkannt und zugestanden, daß er über das Ziel hinausgeschossen. Wie man mir sagt, hat Herr Rouhier sogleich eine Note nach Florenz geschickt, um den Sinn und die Bedeutung der Rede Rouher's festzustellen, mit der Erklärung, daß die kaiserliche Regierung zwar fester als je entschlossen sei, sich der Erneuerung gewaltsamer Versuche zur Annexion Roms zu widersetzen, aber keineswegs jene Lösung der römischen Frage zu verhindern beabsichtige, die sich durch gemeinsames Einvernehmen erzielen lasse. Diese Note beweist, daß man hier begriffen hat, welchen Eindruck die Rede Rouher's in Italien hervorbringen würde; aber es ist leider klar, daß eine diplomatische Note nicht hinreicht, ihn zu verwischen.

60. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 10. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Freiherr v. Becke.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Präsident verliest eine Zuschrift des Kriegsministeriums, worin zur Kenntniß des Hauses gebracht wird, daß die Monturs-Commissionen aufgehoben wurden, um auch dem kleinen Capital im Wege der Privatconcurrentz die Theilnahme an den Lieferungen möglich zu machen, daß aber die Angebote so gering, die Preisangebote so hoch waren, daß dieser Lieferungsmodus sich als undurchführbar erwies. Das Kriegsministerium hat sich daher veranlaßt gefunden, zu verfügen, daß der Modus der Lieferungen im Offertwege, wie er bisher bestand, wieder in Wirksamkeit trete, wovon daselbst das hohe Abgeordnetenhaus in Kenntniß setzt.

Eine Zuschrift des Finanzministers verständigt das Präsidium von der Einbringung einer Regierungs-Vorlage, betreffend die Ausdehnung der Bewilligung von Steuerfreijahren bei Neu-, Um- und Zubauten an alle Orte.

Die Regierungsvorlage wird auf die nächste Tagesordnung zur ersten Lesung gesetzt werden.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen (darunter 16 Petitionen um Aufhebung des Concordats).

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist der Bericht des zur Vorbereitung der von der Regierung vorgelegten Gesetzentwürfe zur Regelung der finanziellen Beziehungen mit Ungarn niedergesetzten Ausschusses.

Berichterstatler Dr. Prestl verliest den bereits bekannten sehr umfangreichen (Majoritäts-) Bericht.

In der Generaldebatte sind als Redner eingeschrieben gegen: Korb-Weidenheim, Dr. Rnger, für: Winterstein, Plener.

Abg. Skene ergreift als Berichterstatter der Minorität das Wort.

Wir stehen vor einem bedeutenden Abschnitt der österreichischen Geschichte. Zu seinem Bedauern sei schon ein Theil des sogenannten Ausgleiches von der Majorität dahin entschieden worden, daß die diesseitige Hälfte sich der anderen unterordne.

Decretiren Sie, meine Herren, sagt Redner, den volkswirtschaftlichen Ruin, decretiren Sie, daß die Schmach des Staatsbankrottes auf die diesseitige Hälfte des Reiches überwältigt werde, und ich fürchte, daß die Geschichte uns ein Parlament nennen wird, in welchem keine Volksvertreter saßen. Im weiteren Verlauf gibt Redner zu, daß es doch noch manches zu retten gäbe, und erklärt, auch er wolle nur das mögliche.

Der Bericht der Majorität beziehe sich immer auf den Deputationsbericht, welchen er als Autorität hinstellt, dies bewege ihn, den Deputationsbericht zu beleuchten. Der Deputationsbericht sei das Rückgrat des Parlamentarismus, und es wäre besser gewesen, man hätte über uns ohne uns entschieden, wir hätten dann wenigstens unser Selbstbewußtsein gewahrt, und Härteres wäre über uns nicht verfügt worden. Das Auftreten der Deputation sei anfangs klug und loyal gewesen, doch bald trat eine Schwenkung ein und sie entpuppte sich als Vertreter der Staatsidee zum Schaden der Staatsgläubiger und der diesseitigen Länder.

Er werde auf einzelne Stellen des Berichtes hinweisen, um den Rebel zu zeigen, welcher auf der diesseitigen Deputation lastete.

(Se. Exc. Minister Graf Taaffe erscheint auf der Ministerbank.)

Auf Seite 29 des Deputationsberichtes werde ausgesprochen, daß die Staatsschuld eine so große geworden, daß, wenn Ungarn mehr übernehme, als es übernehmen zu wollen erklärte, es aus dem Deficit nie herauskommen und sich höher belasten werde, als es zu tragen im Stande sei. Dabei sei Ungarn geschont, aber wir, wir sollen zahlen, mehr zahlen als wir können, und sollen beschließen, daß wir zahlen wollen. Er könnte Ungarn nur beneiden, daß es so warme Vertreter seiner Interessen gefunden, und müsse bedauern, daß wir so schlecht vertreten wurden.

Redner kritisiert noch weitere Stellen des Berichtes in der schärfsten Weise und bemerkt über die Phrase von der Nothwendigkeit der Sparamkeit in den diesseitigen Ländern, daß diese Phrase wohl schon oft in vielen Berichten und Reden ausgesprochen wurde, und unser gewesener Finanzminister von Plener werde wohl am besten wissen, welchen Werth eine solche Phrase hat. (Heiterkeit.) Was die Deputation bietet, sei nur geeignete Verwicklungen mit Ungarn herbeizuführen, und diese wollte er vermieden wissen.

Redner begreift nicht, wie eine Regierung dem Könige von Ungarn rathen konnte, die Schulden nicht anzuerkennen, welche er als Kaiser von Oesterreich contrahirt hat. Wahrlich, solche Minister gehören nicht auf die Ministerbank, sondern auf eine andere Bank (Bewegung), aber es wird wohl bei uns nicht so weit kommen, denn wir tragen mehr oder weniger den Absolutismus im Herzen. Ungarn hätte sich solcher Willkür nicht gefügt, bei uns ist diese gerade ein Grund sich zu fügen. Auch den Dispositionsfonds zieht Redner in den Kreis seiner Besprechung und sagt:

Nach seiner Meinung habe noch keine Regierung die Einflußnahme so benützt wie die gegenwärtige, und namentlich Se. Excellenz der Reichskanzler sei in der Anwendung dieser Mittel sehr geschickt, er mache ihm dies Compliment. Man habe ein centralistisches Blatt um 2 Millionen gekauft, man habe andere Blätter gewonnen und verwende sehr viel auf die ausländische Presse. Als einige Mitglieder der Deputation sich un-

frerer Interessen annehmen wollten, da wurden sie von den beeinflussten Blättern arg mitgenommen (zu Herbst gewendet), ein sehr geehrtes Mitglied der Deputation wird davon . . .

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, die Worte an den Präsidenten zu richten.

Abg. Skene (fortfahrend): Mögen die Herren von der Deputation ihre Vorschläge vertheidigen, aber sie mögen uns nicht mehr das Gespenst der Zwangslage vorführen, das verjagt nicht mehr. Ungarn sei übrigens, wie man ihn versicherte, sehr loyal vorgegangen, es sagte: Ihr könnt eben so wenig zahlen, wie wir, man muß daher zur Liquidation schreiten, es ist dies im Interesse der Staatsgläubiger, und wenn ich recht berichtet bin, so hat dasselbe ungarische Mitglied der Deputation den Antrag gestellt, Ungarn möge dann den auf ihn entfallenden Theil der Staatsschuld übernehmen. Das sei ein redlicher Vorschlag gewesen, aber unredlich sei es, den Staatsgläubigern etwas zu versprechen, was man nicht halten kann.

Dieser Antrag habe von Seite der Reichsregierung den heftigsten Widerspruch gefunden. Hätte er das früher gewußt, bevor er seinen Minoritätsbericht abfaßte, manche Stelle desselben wäre anders ausgefallen. Nicht Ungarn hat uns übervorthelt, sondern die eigene Regierung.

Präsident: Ich habe dem Herrn Redner die Redefreiheit im vollsten Maße gewährt und brauche wohl nicht erst vor dem Hause zu rechtfertigen, daß ich es gethan, aber ich muß die Herren bei der Wichtigkeit des Gegenstandes bitten, in ihren Reden einen anderen Ton anzuschlagen als der letzte Redner. (Bravo! Oho! links.)

Abg. Skene: Ich nehme diese Rüge nicht an, Herr Präsident, ich habe nur meine Pflicht erfüllt. (Einzelne Bravos. Unruhe.)

Präsident: Ich habe dem Herrn Redner keine Rüge ertheilt, sondern nur die nachfolgenden ersucht, sich eines anderen Tones zu bedienen. (Bravo.)

Abg. Winterstein ergreift das Wort, um den Vorgang der Deputation zu rechtfertigen.

(Schluß folgt)

Aus der Rede Rouhers.

In der Sitzung vom 5. d. M. hat der französische gesegnete Körper seine Debatten über die römische Frage geschlossen. Die mehrstündige, telegraphisch signalisirte Rede des Staatsministers Rouher, deren Schlusserklärungen namentlich aber so positiv gehalten als von großer politischer Tragweite sind, erregte großes Aufsehen. Herr Rouher suchte zunächst nachzuweisen, daß die von Garibaldi angeführte revolutionäre Bewegung sich nicht nur das Ziel gesetzt habe, die weltliche Herrschaft des Papstes umzustürzen, sondern auch die katholische Religion zu bekämpfen und die Monarchie in Italien zu vernichten. Zum Belege dessen citirt Rouher zahlreiche Reden, welche Garibaldi in Venedig, auf dem Genfer Congresse, in Voghera u. s. w. gehalten hat. Den Genfer Congreß nennt Herr Rouher bei dieser Gelegenheit eine Versammlung der kosmopolitischen Revolutionäre aller Völker.

Garnier Pages: Auch agents provocateurs waren dort.

Rouher: Die Regierungen hätten gewiß ein Recht gehabt, diese aufrührerische Versammlung durch Agenten überwachen zu lassen; aber man ersparte ihnen die Mühe, indem der Congreß alle seine Reden veröffentlicht ließ. — Dann zu der Haltung der italienischen Regierung übergehend, spricht Herr Rouher die Ansicht aus, daß diese Regierung bis zum 21. September aufrichtig, aber schwach, vom 21. September ab nachsichtig, abhängig, fast möchte er sagen, mitschuldig war. Rattazzi speciell sei schwach gewesen; er habe beständig den unglückseligen Traum gehegt, die revolutionären Anschläge durch gute Beziehungen mit der Partei der Linken vereiteln zu können; er habe den Irrthum begangen, sich mit einer systematischen Opposition in Unterhandlungen einzulassen, was immer mit dem Triumph dieser Opposition ende.

Die französische Regierung hätte unter diesen Umständen nichts anderes thun können, als die Bewegung aufmerksam zu verfolgen, zu warnen und, nachdem Warnungen nichts mehr fruchteten und die Ereignisse drängten, einzuschreiten. Im Ausland glaube man gern an das, was die Oppositionsblätter sagen, man bilde sich ein, daß sie die Meinung des Landes ausdrücken. So habe man auch in Italien gedacht, Frankreich werde passiv bleiben, weil die Presse sich gegen die Intervention erklärt habe. In diesem Sinne falle ein Theil der Mitschuld für die steigende Kühnheit der Italiener auf die französische Oppositionspressen. „Hier sitzt der Ursprung des Uebels, hier die Quelle der Verwirrung, welche man in den Geistern selbst inmitten dieser großen Stadt verbreitete; hier entsprangen die verhängnißvollen Illusionen, welche jene Unglücklichen auf die Felder von Mentana lockten.“

Rouher wendet sich hierauf in einer längern Polemik gegen Thiers, mit dem die Regierung übrigens in vielen Punkten einverstanden sei. Er rechtfertigt noch den italienischen Krieg von 1859 und die neutrale Haltung, welche Frankreich zu der Loslösung Neapels und eines Theils der päpstlichen Provinzen beobachtete. Er

erinnert Thiers, daß dieser selbst in den vierziger Jahren es als eine unabwiesliche Aufgabe Frankreichs bezeichnet habe, den österreichischen Einfluß von der italienischen Halbinsel zu verdrängen, dann fährt er fort: „Ich weiß es wohl, m. H., seitdem hat Oesterreich in einem Kriege, in welchem es nicht der angreifende Theil war, schmerzliche Unglücksfälle erlitten. Aber konnten wir das im Jahre 1859 ahnen und haben wir nicht alles gethan, was die Politik und die Vernunft uns geboten, um es wieder aufzurichten durch eine natürliche und aufrichtige Freundschaft, welche, wie ich hoffe, für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens nicht gleichgiltig sein wird.“

Der Minister gelangt in seinen Auseinandersetzungen mit Thiers zu dem Septembervertrag, den er mit den in der früheren Session vorgebrachten Beweisgründen in Schutz nimmt, und hierauf wieder zu der letzten Intervention. Er sagt wörtlich: „Ja, wir sind intervenirt. Dieser Intervention gegen regellose Banden, welche über das Leben der Völker verfügen wollen, war sie etwa ausschließlich durch die Interessen Roms geboten? War sie nicht auch ein energischer Schutz des Thrones Victor Emanuels? War die Revolution, Herrin in Rom, nicht einige Tage später Herrin in Florenz? Indem wir Rom von der Invasion retteten, retteten wir Italien von der Anarchie. Ich sage vielleicht nicht genug; ich habe vielleicht nicht genug die Complotte enthüllt, welche in Genf geschmiedet wurden; denn die Anstechung der Demagogie hat beinahe Paris gestreift. Es bestand in der That der elende Versuch eines Aufrufes zu den Waffen, welchen ich in Händen habe und den kläglich scheiterte. Denn alle Revolutionäre kennen sich, alle Rädelshäupter verstehen sich, alle schlechten Leidenschaften sind eng verwandt mit einander. Es gab drei Schlagwörter in dieser Frage: Rom, Florenz, Paris. Wir haben uns wegen dieser elenden Anschläge keinen Kummer gemacht. Alle Regierungen sind ihnen ausgesetzt; es ist das gewissermaßen der Bodensatz aller schlechten Leidenschaften, der sich in den untersten Schichten der Gesellschaft ansammelt, manchmal an die Oberfläche steigen will und den man dann mit ein bisschen Festigkeit und Energie niederwirft.“

Herr Jules Favre, welcher in dem Syllabus einen Kriegsfall zwischen Rom und Frankreich erblickte, entgegnet der Staatsminister, daß er, der Oppositionsmann, der auf die Trennung der weltlichen Macht von der geistlichen dränge, gerade in den Irrthum verfallte, beide zu vermischen. Der Syllabus sei ein geistlicher Act; der Staat habe das Recht, sich gegen ihn zu vertheidigen, indem er seine Promulgation verbiete. Der Minister rechtfertigt dann in derselben Weise wie Herr von Moustier die Bildung der Legion von Antibes und preist dann auf's neue die Vertragstreue der französischen Regierung. Man weise mit Unrecht auf den Londoner Vertrag von 1852 hin, diesen habe Frankreich nicht allein unterzeichnet, und auch keine andere Macht habe für die Integrität Dänemarks das Schwert gezogen; die Loslösung Schleswig-Holsteins sei nur ein Vorpiel, kaum ein Zwischenfall des deutschen Krieges gewesen, der auch ohne die Frage der Herzogthümer einmal hätte zum Ausbruch kommen müssen. Eben so unbegründet sei der Hinweis auf den Vertrag von Madrid; nicht Frankreich, sondern die mexicanische Regierung habe diesen Vertrag nicht gehalten. Ueberhaupt möge man nicht auf eine Frage erinnern, in welcher ein so großer Theil der Verantwortlichkeit auf die Aufreizungen der Opposition und ihre Sympathien für den Feind des Feindes fielen.

Herr Jules Favre sei übrigens nur ein Plagiator. Der verstorbene Villault sei es gewesen, der zum ersten male gesagt habe: die Quarantenen pfropften ihre Gewehre mit den Reden der französischen Opposition.

Der Staatsminister gelangt nun zu dem Programme der Regierung für die Folgezeit; er will es ohne Rückhalt aussprechen: „Die nach Rom geschickten Truppen werden dort bleiben, so lange die Sicherheit des heiligen Vaters es nöthig machen wird. Unter dem Worte „Sicherheit“ versteht die Regierung nicht nur die Ruhe auf dem Gebiete des heil. Stuhls, sondern auch ernstliche Bürgschaften, welche die italienische Regierung nach den erfahrenen Täuschungen geben muß.“

Auf der Conferenz, welche statthaben soll, werden wir mit unserer Vergangenheit und mit unserer gegenwärtigen Haltung erscheinen, ohne irgend etwas aufzugeben, irgend etwas zu verläugnen. Was wollen Sie mehr, da der am nächsten Beteiligte, der Papst selbst, die Conferenz besichtigen will. Es liegt ein Dilemma vor, sagt man: Der Papst bedarf Roms für seine Unabhängigkeit und Italien verlangt es für seine Einheit. Nun denn, wir erklären im Namen der französischen Regierung: Italien wird sich Rom nicht bemächtigen! (Stürmischer Beifall.) Nein! Niemals!

Sehr viele Stimmen: Niemals! Niemals!

Der Staatsminister: Niemals wird Frankreich diese Gewaltthat gegen seine Ehre und gegen den Katholicismus ertragen! Es verlangt die energische Ausführung des Vertrags vom 15. September, und wenn dieser Vertrag in der Zukunft nicht seine wirksame Anwendung findet, so wird Frankreich sich selbst an seine Stelle setzen. Ist das klar? (Ja! Ja! — Nochmaliger nicht enden wollender Beifall.) Der Minister versichert dann, von dieser Kundgebung ergriffen, daß Frankreich nie die-

sen Standpunkt verläugnet hätte. Was einen falschen Schein auf die französische Regierung habe werfen können, das seien ihre Sympathien für die italienische Einheit. Frankreich wolle sein eigenes Werk nicht vernichten, es wolle das Nebeneinanderbestehen Roms und Italiens.

Gueroult und Javal (gleichzeitig): Das ist sehr schwer.

Der Staatsminister: Ja, nach meiner innigsten Ueberzeugung würde Frankreich, wenn man ihm morgen die zwei Fragen vorlegen würde, ob es die Vernichtung der weltlichen Herrschaft des Papstes oder die Vernichtung des Königreiches Italien wolle, beide male mit einer imposanten Mehrheit: Nein! antworten (tiefe Bewegung), man müsse also für die Coexistenz der beiden Mächte wirken und in Italien an die freisinnige und conservative Masse appelliren, ohne diesem Lande die Degenstipe zu zeigen; man überlasse der Zeit ihr Werk . . .

Gueroult. Verfügen Sie über die Zeit? Die Zeit gehört niemandem.

Der Staatsminister. Wollen Sie damit sagen, daß die Revolution in diesem Lande ausbrechen und unser Werk umstürzen könnte? Lassen Sie das! die Macht des Uebels ist vorübergehend, dauerhaft ist nur die Macht des Guten. Wir werden also in Zukunft nicht zugeben, daß zwischen Frankreich, Rom und Italien die Gewalt entscheidet. Italien würde an dem Tage, an welchem es in die päpstlichen Staaten eindringe, Frankreich auf dem Wege nach Rom finden. Appelliren wir aber an die Versöhnung. Ist das ein Traum? Die Zukunft wird es sagen; für jetzt sind alle Interessen gewahrt, keines läuft Gefahr, keines wird Schaden erleiden. Nach diesen Erklärungen wünscht der Staatsminister ein Vertrauensvotum, in welchem die Kammer ihrem Einverständnis mit der Regierung einen feierlichen Ausdruck geben möge.

Herr Rouher verläßt die Tribüne unter stürmischem Beifall, besteigt sie jedoch wieder, um zur Beseitigung jedes Mißverständnisses folgende Erklärung abzugeben: „Wenn ich von Rom gesprochen habe, so habe ich von der Hauptstadt des gegenwärtigen Gebiets gesprochen und ich begreife in der Vertheidigung der weltlichen Herrschaft des Papstes das gegenwärtige Gebiet in seinem ganzen Umfange.“ (Nochmaliger anhaltender Beifall.)

Es entwickelt sich sodann eine längere Discussion über die Fragestellung. Der Staatsminister erklärt, daß die Regierung nur in der einfachen Tagesordnung über die Interpellation des Herrn Jules Favre den Beweis der Bestätigung ihrer Politik durch die Kammer erblicken würde.

Die Tagesordnung wird mit 237 gegen 17 Stimmen votirt.

Oesterreich.

Wien, 10. December. (Dementis.) Die „W. Abdpst.“ schreibt: Nachdem bereits die Nachricht von einem zwischen Frankreich und Oesterreich zur Integrität des türkischen Reiches abgeschlossenen Vertrage französischerseits auf das unzweideutigste dementirt worden, kommen einige Blätter neuerdings auf den Gegenstand und zwar mit der „Vermuthung“ zurück, daß vielleicht ein Protokoll in dieser Richtung von Frankreich und Oesterreich unterzeichnet worden sei. Auch diese Vermuthung entbehrt der tatsächlichen Begründung. Wir haben dieser ganzen Erfindung bis heute nur wenig Aufmerksamkeit zugewendet mit Rücksicht auf die Eigenschaft des Blattes, welches dieselbe in Umlauf gesetzt hat. Der „Dw“, zu deutsch „die Eule“, war ursprünglich Concurrent des „Punsch“, zu deutsch „Hannswurst.“ Ferner schreibt die „W. Abdpst.“: Wir sind ermüdet, die Nachricht des „Fremdenblattes“ (Abendblatt vom 9. d. M.), bezüglich einer Verlegung der ungarischen Regimenter in ihre Verbirke, als vollkommen grundlos zu erklären.

Ausland.

Berlin, 9. December. (Das Abgeordnete n h a u s) nahm den Etat des auswärtigen Ministeriums an. Graf Bismarck ergriff im Laufe der Debatte mehrfach das Wort. Er erklärte, der Antrag Bennisens bezüglich Uebernahme des auswärtigen Ministeriums auf den Bundesetat sei principiell richtig; jedoch sei in Betreff der diplomatischen Vertretung des Nordbundes das Entgegenkommen der Bundesgenossen abzuwarten, übrigens sei demnächst die Ernennung der Bundesgesandten zu erwarten. Der Ministerpräsident erwähnt sodann die Anerkennung der Bundesflagge und hebt hervor, daß die Anerkennung des Bundes keine Schwierigkeiten machen werde. Man habe sie noch nicht gefordert, weil mehrere Bundesstaaten noch das Gesandtschaftsrecht ausübten. Die Aufrechterhaltung der preussischen Gesandtschaften innerhalb des Nordbundes sei nothwendig. Graf Bismarck erinnert an das Verhalten Sachsens bei der Conferenz einladend und lobt die bundestreue Haltung Sachsens, welche sich stets bewährte. Gegenüber der Bemerkung des Abgeordneten Löwe bezüglich des Verhältnisses zu Rußland weist Graf Bismarck den Vorwurf zurück, daß Preußens Politik gegenüber Rußland unselbstständig sei. Beide Staaten haben viele gemeinsame Interessen, eine Einmischung in Angelegenheiten der Ostsee-Provinzen scheine ihm unthunlich und würde denselben mehr schaden.

den als nützlich, außerdem sei ein Eingriff in die Autonomie anderer Staaten unzulässig. Graf Bismarck erwähnt schließlich, daß gegenwärtig Verhandlungen über Erleichterungen des Grenzverkehrs mit Rußland in der Schwebe seien und günstige Aussichten bieten. Von dem Antrage Bismarcks wird sodann nur der erste Theil angenommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird der Etat des Handelsministeriums angenommen.

Stuttgart, 9. December. (Die Abgeordnete Kammer) beschließt mit 84 gegen 2 Stimmen, daß das Mandat der gegenwärtigen Abgeordneten am 20ten Februar 1868 zu Ende gehe.

Florenz, 8. December. (Das Programm des Ministeriums.) Die Rede Menabrea's wurde ziemlich günstig aufgenommen und wäre unstreitig von durchgreifendem Erfolge gewesen, wenn der italienische Ministerpräsident ein besserer Redner wäre. So ging aber bei der äußerst schwachen Stimme und mangelhaften Betonung des Redners der Haupteffect der Rede verloren, von welcher man sagen kann, daß sie sich geschrieben viel besser ausnimmt, als gesprochen. Das von Menabrea aufgestellte politische Programm wird die Billigung jedes denkenden, sein Vaterland liebenden Italieners erhalten und ist eine würdige Antwort auf die Auslassungen Rouher's im französischen Corps legislativ, so wie denn überhaupt anerkannt werden muß, daß der italienische Ministerpräsident sich frei hielt von dem sonstigen Fehler seiner Landsleute, der Ueberhebung und Phrasendrescherei, und die Politik der Sammlung als die allein für Italien passende hinstellte. „Ordnung der inneren Angelegenheiten und Reorganisation und Kräftigung der Armee“ sind die hervorragendsten Punkte des Programms und nur wenn dieselben streng ausgeführt werden, kann Italien wieder darauf rechnen, einst eine gedachte Stellung nach Außen und Ruhe im Innern zu erhalten, und wenn der Ministerpräsident den Grundsatz aufstellt, „wer nicht für mich ist, ist wieder mich“, so beweist dieses nur, daß er den Ernst der Situation begreift und seine Aufgabe ernst nimmt. Ob die Kammer auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, dem unfruchtbaren Gezänke entsagen und die Regierung kräftig unterstützen wird, kann nicht vorausgesetzt werden. Die eigentliche Beurtheilung der Streitkräfte der Parteien wird erst nach Beendigung der morgen zu eröffnenden Debatten über die bekannte Interpellation der Linken erfolgen können, die bekanntermaßen der Regierung siegreich aus dem zu gewärtigenden heißen Kampfe hervorgeht, wird dieselbe einigermaßen auf die Unterstützung der Kammer rechnen können.

Florenz, 9. Decbr. (Deputirtenkammer.) Der Präsident Zanica, nachdem er die Gründe der Annahme seiner Ernennung auseinandersetzt, empfiehlt Ruhe, Eintracht und innere Reorganisation. Er sagt, Rom werde früher oder später die Hauptstadt Italiens sein müssen. Sella schlägt vor, daß, bevor in die Discussion über die politischen Interpellationen eingegangen wird, über die von mehreren Deputirten unterzeichnete Tagesordnung berathen werde, welche das Nationalprogramm „Rom als Hauptstadt Italiens“ bestätigt. Menabrea unterstützt den Vorrang der Interpellationen und glaubt, daß der Vorschlag Sella's als nutzlose Bestrebung zu keinem praktischen Resultate führe, weil es früher als die Kammer das Land sei, welches Rom wolle und der Antrag eine Zweideutigkeit wäre. Wenn man demselben beistimme, müsse man über die Mittel berathen, und er frage, welche dies seien. Er sagt, er wolle wissen, mit wem und wie man nach Rom gehe, ob mit Gewalt oder mit moralischen Mitteln. Die Kammer beschloß mit 201 gegen 176 Stimmen, daß die Interpellationen den Vorrang vor der votirung der Tagesordnung Sella's haben. Micelli entwickelt die Interpellation über die auswärtige und innere Politik. Er tadelt die verschiedenen Minister wegen ihres Vertrauens in die französische Allianz, und sagt: Die letzten Acte und die letzten Erklärungen der französischen Regierung müssen alle Täuschungen benehmen, indem sie ihre Absicht bezeugen, sich der Einheit Italiens entgegenzustellen. Um zu beweisen, wie die französische Regierung seit langer Zeit die Convention verletz, legt er der Kammer einige Notizen vor, welche bei gefallen Soldaten der Legion von Antibes vorgefunden wurden, und welche beweisen, daß diese Legion aus wirklichen französischen Soldaten bestand, welche als Päpstliche verkleidet waren. Laporta tadelt den Minister wegen seines Verhaltens gegen Frankreich.

London, 8. December. (Im Unterhause) sagte Stanley, ihm sei von dem Bestehen einer französischen Colonie in Abyssinien nichts bekannt; er betrachte jedoch den französischen Einfluß ohne irgend ein Gefühl von Eifersucht und Mißtrauen, und freute sich vielmehr, sagen zu können, daß mit Frankreich das bestmögliche Einvernehmen bestehe. Von der Konferenz sprechend gab er zwar zu, daß die Lösung der römischen Frage von großer Wichtigkeit für Europa sei, fügte jedoch bei, daß er von der Konferenz kein günstiges Resultat erwarte. Dasselbe würde bloß zeigen, wie sehr in diesem Punkte die Mächte von einander abweichen, außer wenn früher die Grundlagen der Discussion festgestellt seien. Er sehe nicht ein, wie sich die widersprechenden Ansprüche des Papstes und Italiens vereinigen lassen. Uebrigens habe er nicht nur kein Project zu einer Versöhnung zwischen

dem Papste und Italien erhalten, sondern erwarte auch keines. Das Parlament wurde bis Februar vertagt.

Tagesneuigkeiten.

— (Der Segen der Civilehe.) Es wird gerade jetzt für unsere Leser von Interesse sein, folgenden, der „Süddeutschen Presse“ entnommenen Nachweis über den Einfluß der Civilehe zu lesen: In der bayerischen Pfalz besteht nämlich seit der französischen Occupation des linken Rheinufers die obligatorische Civilehe, während die im östlichen Bayern geltenden Gesetze über die Eheschließung den bisherigen österreichischen sehr ähnlich sind. Nun ergaben die Erfahrungen dreier Menschenalter, daß in der Pfalz die Zahl der unehelichen Kinder nur 8. Percent sämtlicher Geburten beträgt, während sie im östlichen Bayern auf 28.1, also das Dreieinhalbfache, steigt. — Sind die unehelichen Geburten ein Maßstab der Sittlichkeit, so wirkt also die Civilehe dreieinhalbmal sittlicher, als die kirchlichen Eheschließungen. — Mehr noch! Die Zahl der unehelich geborenen, aber durch die spätere Ehe legitimirten Kinder beträgt in der Pfalz 4 Percent, in Ostbayern 2 Percent; also — die kirchliche Auffassung zu Grunde gelegt — es bessert sich unter der Herrschaft der Civilehe viermal so viel Menschen, als unter der Herrschaft der kirchlichen Ehe. — Noch nicht genug! In der Pfalz kommt 1 Ehescheidung auf 400 Trauungen, in Ostbayern, trotz der kirchlichen Hindernisse, auf 87 Trauungen. Das von den Kanzeln sogenannte „gesetzliche Concubinat“ sichert also die Heiligkeit der Ehe fast fünfmal mehr als der kirchliche Segen, ja, läßt man die protestantische Kirche aus dem Spiele, so ergibt sich bei den Katholiken, die ausschließlich in der Kirche getraut sind, eine schätzbar geringere Heiligkeit der ehelichen Bande, als bei den civiliter getrauten Katholiken. Weiter! Die Kindersterblichkeit, bei welcher die Liebe der Eltern einen entscheidenden Factor bildet, ist in Ostbayern verhältnismäßig doppelt so stark wie in der Pfalz. Und endlich: Die Zahl der Verbrechen beläuft sich unter der Einwirkung der kirchlichen Eheschließung auf fast das Vierfache der Zahl, die unter dem Zwange zur Civilehe erreicht wird.

— (Tabak.) Sämtliche Hauptzollämter wurden ermächtigt, Tabak und Tabakfabrikate bis zu einer Menge von fünf Pfunden Wiener Gewicht, welche Reisende mit sich führen, oder welche die Zehnpfost aus dem Auslande bringt und weiter versendet, der vorchriftsmäßigen Amtshandlung in der Durchfuhr zu unterliegen.

— (Beschränkter Cyanali-Verkauf.) Nach einer solchen ergeantigen Verordnung der k. k. niederösterreich. Statthalterei dürfen ferner die Apotheker das für Photographen erforderliche Cyanali nur mit Argentinum-nitricum gemischt oder krystallisirt verlaufen, was den Vortheil bietet, daß eine Vergiftung mit Cyanali nicht mehr so leicht möglich ist. Jeder Verkauf von Cyanali an Nicht-Gewerbetreibende dieser oder ähnlicher Art wurde strengstens untersagt oder doch beschränkt.

— (Czechische Colonien in Rußland.) Zwischen Noworossyjsk und Suchum, am schwarzen Meere, soll, wie die „Disee-Bzg.“ berichtet, im nächsten Frühjahr eine czechische Colonie gegründet werden, für welche Colonisten in Böhmen geworben werden.

— (Ausbruch des Vesuv.) Nach den Berichten des Professors Palmieri vom 30. November war die Intensität des Vesuv-Ausbruches, wie der „Allg. Bzg.“ geschrieben wird, unverändert dieselbe. Die vom Alrio d. l. Cavallo herabkommenden Laven machen es jetzt, wie der Bericht sagt, sehr schwierig, die Eruptionen-Deffnung zu sehen. Leider ist zu befürchten, daß bei einer größeren Ausbreitung der diesmaligen Lava-Regasse auch das berühmte Observatorium zum Opfer fallen muß. Dasselbe erhebt sich auf einem kleinen Hügel auf der Seite des Berges; das Thal ist aber schon durch frühere Eruptionen so ausgefüllt, daß diesmal wahrscheinlich das Observatorium von der Lava erreicht werden wird. Das Schauspiel, welches der Vesuv jetzt jede Nacht darbietet, ist im höchsten Grade interessant. Neapolitaner und Fremde sind in der ganzen Nacht bei Santa Lucia, am Largo del Plebiscito, auf den Hausdächern und allen hervorragenden Punkten der Stadt versammelt, um den prächtigen Anblick zu genießen und den für Neapel nicht gleichgültigen Gang des Phänomens zu verfolgen. Wenn nur die Expectoration des gefährlichen Nachbarn gut vorübergeht, so daß er nicht seinen Groll im Innern ausstoßen läßt, was zu viel gefährlicheren Erbeben führen würde!

— (Gegen den Verräther Lopez) erläßt Prinz Salm-Salm in amerikanischen Blättern eine Erklärung, in welcher nachgewiesen wird, daß Lopez seinen Kaiser nicht nur verrathen, sondern auch bestohlen hat. Der seinerzeit mit dem Orden der Ehrenlegion ausgezeichnete Oberst hat nämlich ein werthvolles Silberwappenstein des Kaisers „verschwinden“ lassen. Uebrigens habe Lopez schon in früherer Zeit (während des Krieges in Amerika 1847) sich als Verräther betätigt gemacht und sei in Folge dessen aus dem mexicanischen Heere ausgeschlossen worden. Das war auch der Grund, weshalb Kaiser Max Lopez das Generalspatent verweigerte, in Folge dessen dieser auf Rache sann.

Locales.

— (Lebensrettung.) Am 13. October l. J. Nachts kurz vor 9 Uhr gerieth auf unbekannte Weise die irrsinnige Gertraud Peruzzi, Gattin des Schullehrers Johann Peruzzi zu Stöpit, unter der Brücke in

Rudolfswerth in den Gurfloss, wo sie, an dem dritten linksseitigen Brückenjoch sich festhaltend, bis zum Halse im Wasser steckte. — Frau Maria Benedig, Beamtenwitwe, welche eben über die Brücke ging, nahm die Erste wahr, daß sich Jemand unter der Brücke im Wasser befände, und es hat sich über ihre diesfällige Mittheilung Ignaz Ferlin aus Sagraz, Schüler der achten Gymnasialklasse in Rudolfswerth, am zweiten linksseitigen Brückenjoch herabgelassen, als er die Verunglückte am dritten Brückenjoch wahrnahm, dahin geschwungen und an den Jochbändern aufgefangen, wobei er trotz der Kälte bis Mitte des Leibes ins Wasser des durch die Regengüsse eben sehr hochgeschwellten und reißenden Gurflosses gerieth. Er erfaßte mit der linken Hand die Verunglückte, während er sich mit der rechten Hand an den Jochbändern anklammerte. In dieser Stellung, welche seine Kräfte bereits erschöpft hatte, blieb er etwa 7 Minuten, bis sein College Josef Bogatnik sich ebenfalls nach dem Joch herabließ und ihn beim Festhalten der gedachten Person unterstützte. Inzwischen wurde ein Strick herbeigeholt und herabgelassen, mit welchem die Peruzzi, von Ferlin und Bogatnik unterstützt, auf die Brücke geschafft wurde. Für diese entschlossene, mit eigener Lebensgefahr vollführte That wurde dem Ignaz Ferlin die gesetzliche Taglöhne mit 26 fl. 25 kr. angewiesen, sowie dem Josef Bogatnik die belobende Anerkennung der Landesregierung ausgesprochen.

— (Aus Alexandria) vom Bord der k. k. österr. Fregatte „Adria“ erhalten die „Novice“ eine Zuschrift unseres Landsmannes des Schiffskaplans Johann Zaidiga, welcher, der vierte (die früheren waren: der Triester Dompropst Verne, der Herr Redacteur der „Danica“ L. Jerran und der frühere Herr Pfarrer von St. Jacob, Grovath) krainische Priester, Palatina besucht hat.

— (Unser berühmte Landsmann Knoblauch), als Missionär der kirchlichen, als Reisender der wissenschaftlichen Welt bekannt, wird in dem gelehten Herrn Mitternauer in Brigen seinen Biographen finden. Derselbe fordert mittelst der „Danica“ Jedermann zur Mittheilung allfälliger Quellen, Briefe u. dgl. an.

— (Diöcesanveränderungen.) Zu fürstbischöflichen Consistorialrathen wurden ernannt die Hochw. Herren: Dr. Johann Gogala, Gymnasiallehrer und Director des Aloisianums; Martin Pogatsar, Ordinariatskanzler; Andr. Zamejic, Professor der Pastoraltheologie im fürstbischöflichen Seminar. — Herr Anton Brodnik wurde als Religionslehrer am Gymnasium in Krainburg definitiv angestellt. — Herr Andreas Krizaj, Expositus in Drehel, tritt in den Ruhestand.

Bericht.

über die am 30. November d. J. stattgefundene Sitzung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach.

Obmann-Stellvertreter: Prof. Valenta. — Schriftführer-Stellvertreter: Assistent Lutan. — Gegenwärtig: 9.

Nach Verlesung und Genehmigung des letzten Sitzungsprotokolls theilte der Vorsitzende mit, daß Herr Karl Wolf, Bezirksmundarzt in Radmannsdorf, dem Vereine als Mitglied beigetreten sei, und brachte nach weiterer Mittheilung verschiedener anderer Einläufe endlich den von Dr. Gaster schriftlich eingebrachten Antrag, des Inhalts: „der Verein möge sein Ehrenmitglied Hofrath Dr. Kolitansky aus Anlaß dessen allerhöchster Berufung in das Herrenhaus beglückwünschen,“ zur Abstimmung — derselbe wurde per acclamation angenommen.

Hierauf wurde zu den wissenschaftlichen Vorträgen geschritten:

1. Bahnarzt Dr. Gisl besprach anlässlich eines äußerst despoten Falles von Wassersucht in Folge Bright'scher Niere — bei welchem er nach vergeblicher Anwendung aller erdenklichen Mittel schließlich durch die sogenannte Milchkur die vollständige Genesung des bereits ausgegebenen Patienten erzielte — eingehend dieses so einfache Heilverfahren und forderte eindringlich bei sich ergebenden Fällen zu dessen Anwendung auf. — Dr. Kovac und Thonik bestätigten die ausgezeichnete Wirkung der von Dr. Gisl angegebenen Heilmethode bei sehrsten Ergießungen jeder Art.

2. Director Dr. Kovac theilte einen äußerst seltenen geheilten Fall von Wechselfieber bei einem 5jährigen Kinde mit, wo sich stets während den Fieberparoxysmen gefährliche Erscheinungen von Thrombose abwechselnd einmal an sämtlichen Fingern beider Hände, ein anderes mal an sämtlichen Beinen beider Füße einstellten. — An der diesbezüglichen Debatte über die Entstehungursache der Thrombose theilnahmen sich insbesondere Dr. Blumwies jun., Zug und Valenta.

3. Dr. Valenta demonstirte zwei vom Director Dr. Gregoric mit den diesbezüglichen Krankheitsfällen eingesandte pathologisch-anatomischen Präparate: a) einen tolofassen Epithelialkrebs des Präputiums bei einem 20jährigen kräftigen Menschen, und b) das in Folge von Syphilis durch sogenannte Gummata von innen nach außen durchlöcherter Schienbein eines 50jährigen Mannes. — Beide äußerst interessante Präparate waren dem Museum gewidmet.

4. Professor Valenta hielt a) einen Vortrag über Hydramnios und demonstirte alsdann ein Zwillingsei, entsprechend dem Ansage des fünften Schwangerschaftsmonates, bei dessen Geburt zwischen 12 — 15 Maß Wasser abgelaufen sein dachten, und b) zeigte er den Sims'schen Mutter Spiegel vor und sprach über die Vor- und Nachtheile von dessen Untersuchungsmethode.

Neueste Post.

Wien, 10. December. Die „Br. Ztg.“ schreibt: Die von einem hiesigen Abendblatte vom 9. d. M. gebrachte und in heutige Morgenblätter übergegangene Nachricht über die bevorstehende Auflösung der k. croatisch-slavonischen Hofkanzlei, so wie die damit weiter in Zusammenhang stehenden Notizen, „daß bei dieser Centralstelle keine Actenstücke mehr angenommen, sondern nur die rückständigen aufgearbeitet werden“, sind wir in der Lage, auf Grund vollkommen authentischer Mittheilung, als ganz unwahr und unbegründet zu bezeichnen.

Wien, 11. December. (Abgeordnetenhaus.) Debatte über das Gesetz wegen Regelung der Finanzverhältnisse mit Ungarn. Winterstein warnt das Haus vor einer Zinsen-Reduction, welche der Minoritäts-Antrag beabsichtigt. Ein Schrei des Ensekens würde durch die Monarchie gehen, wenn das Haus die Initiative zu einer solchen Maßregel ergriffe. Weiters sprechen Korb, Eichhof gegen, Plener für den Majoritäts-Antrag, Ryger für eine Erhöhung der Compensationssteuer auf 20 pCt. Beust weist entschieden die Vorwürfe Skene's zurück. Nächste Sitzung morgen.

Nach der letzten telegraphischen Mittheilung des Vize-Admirals v. Tegetthoff aus Havanna nimmt man in Triest an, daß die „Novara“ zwischen dem 10. und 15. Jänner in Triest ankommen dürfte.

Wie das „Frdbl.“ vernimmt, ist die vereinigte juridisch-politische Commission des Herrenhauses sämtlichen vom Abgeordnetenhaus in seiner letzten Sitzung bezüglich der Staatsgrundgesetze, sowie des Grundgesetzes über die Reichsvertretung gefaßten Beschlüssen mit 8 gegen 7 Stimmen beigetreten.

Die Fortsetzung der französischen Kammerdebatte bietet manch Interessantes. Der ehemalige Ministercandidat Olivier sprach für Italien, Thiers gegen die Theorie der großen Staatenbildungen, welche zur Begründung zweier großen Mächte in Europa, einer 66 Millionen zählenden deutschen und einer 120 Millionen zählenden russischen führe. Korbher stellte eine Politik des Laissez aller mit dem Hintergedanken einer Grenzrectification auf, welche auch thatsächlich bereits nach den Nikolsburger Präliminarien zur Sprache kam, sicherlich eine überraschende Enthüllung. Seitdem habe keine Thatsache den Gedanken einer Eroberung oder Gebietsausdehnung seitens Frankreichs veranlassen. Das Resultat der am 10. geschlossenen Discussion ist bekannt. Die Minorität bestand bloß in 23 Stimmen.

In Pest dauert die Generaldebatte in Betreff des Staatsschuldengesetzes fort.

Aus Berlin meldet der Telegraph die Errichtung von Bundesconsulaten, die Genehmigung der Verträge mit den depofitirten Fürsten durch die Budgetcommission.

In Florenz wird das Ministerium angegriffen, Napoleon insultire Italien und seinen Souverän. Cavinini vertheidigt das Ministerium und glaubt, daß man bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge die römische Frage bei Seite lassen solle, um die Finanzverwaltung zu reorganisiren. Wenn Italien stark sein werde, werde es mit Energie sprechen und handeln können. Er behauptet, daß zwischen Schwester-Nationen Spaltungen entstehen und sagt, indem man fortfahre zu verkünden, daß Italien nicht ohne Rom bestehen könne, werde man damit enden, die nationale Einheit zu untergraben, während die Einheit ohne Rom bestehen könne. Er setzt seine Erwägungen über das Recht auseinander, welches die Katholiken auf Rom zu haben glauben.

Angekommene Fremde.

Am 10. December.

Stadt Wien. Die Herren: Stark, Reisender, und Walter, Kaufm., von Wien. — Jaksch und Alun, Handelsl., von Gottsche. — Clarici, Güterinspector, von Paasberg. — Fug, Agent, von Graz.

Elephant. Die Herren: Masajura, von Triest. — Demischer, Hauptmann, von Götz. — Hauswirth, Kaufm., von Marburg.

Börsenbericht. Wien, 10. December. Die Stimmung wenig animirt, Fonds etwas vernachlässigt, Industrie-Effecten dagegen fest behauptet, Devisen und Valuten eine Kleinigkeit niedriger.

Öffentliche Schuld.		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)			
In ö. W. zu 5 pCt. für 100 fl.	53.65	53.75	
In österr. Währung steuerfrei	58.15	58.25	
„ Steueranf. in ö. W. v. J. 1864 zu 5 pCt. rückzahlbar	89.70	89.90	
„ Steueranf. in öst. W. v. J. 1864 zu 5 pCt. rückzahlb.	86.50	86.75	
Silber-Anleihen von 1864	72.50	73.—	
Silberanf. 1865 (Fres.) rückzahlb.	78.—	78.50	
in 37 Jahr. zu 5 pCt. 100 fl.	66.50	66.60	
Nat.-Anl. mit Jan.-Comp. zu 5%	66.—	66.10	
„ Apr.-Comp. „ 5 „	57.10	57.20	
„ detto mit Mai-Comp. „ 5 „	59.—	59.25	
„ detto „ 4 „	50.50	50.75	
Mit Verlos. v. J. 1839	150.50	150.75	
„ „ „ 1854	75.25	75.75	
„ „ „ 1860 zu 500 fl.	83.—	83.10	
„ „ „ 1860 „ 100 „	90.50	91.—	
„ „ „ 1864 „ 100 „	75.80	75.90	
Commodentensch. zu 42 L. aust.	21.50	22.—	
Domainen Spec. in Silber	105.50	106.—	
B. der Kronländer (für 100 fl.)	89.50	90.—	
Niederösterreich	zu 5%		

Geschäfts-Zeitung.

Französisches Consulat in Pest. Die „Patrie“ meldet, daß in Pest ein französisches Consulat errichtet werden soll.

Laibach, 11. December. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 48 Ctr., Stroh 22 Ctr. 30 Pfd.), 30 Wagen und 5 Schiffe (30 Klasten) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Witt. fl. tr.	Witt. fl. tr.		Witt. fl. tr.	Witt. fl. tr.
Weizen pr. Megen	6 60	7 30	Butter pr. Pfund	45	—
Korn „	3 90	4 34	Eier pr. Stück	— 24	—
Gerste „	3 —	3 50	Milch pr. Maß	— 10	—
Hafer „	2 —	2 —	Rindfleisch pr. Pfd.	21	—
Halbfrucht „	—	5 20	Kalbsteisch „	— 22	—
Heiden „	3 20	3 54	Schweinefleisch „	20	—
Hirse „	3 20	3 30	Schöpfenfleisch „	— 12	—
Kultur „	—	4 —	Hähdel pr. Stück	— 30	—
Erbsen „	1 70	—	Tanben „	— 13	—
Linzen „	4 50	—	Heu pr. Zentner	— 89	—
Größen „	4 —	—	Stroh „	— 70	—
Fisolen „	5 50	—	Holz, hart, „ pr. Kst.	—	7 50
Rindschmalz Pfd.	— 50	—	„ weiches „	—	5 50
Schweinschmalz „	— 42	—	Wein, rother, pr.	—	—
Speck, frisch „	— 30	—	„ Cimer	—	12 —
„ geräuchert „	— 40	—	„ weißer „	—	13 —

Theater.

Heute Donnerstag:

Camont.

Drama in 5 Acten von Goethe.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

December.	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Laibach (mit Reducirung auf 0° R. reducirt)	Thermometerstand nach Reaumur	Wind	Relat. des Feuchtigkeits	Niederschlag in 24 St. in Millimetern
6. d. M.	Mg.	323.65	— 6.4	D. schwach	ganz bew.	—
11. „	N.	322.29	— 4.8	N. f. schwach	halbbew.	0.10
10. „	Ab.	323.09	— 8.0	N. f. schwach	sternhell	—

Gegen 7 Uhr Morgens Aufseiterung. Untertags Föhnwind. Klarer Tag. Kälte im Zunehmen. Ruhige Luft. Alpenglänzen beim Sonnenuntergange.

Landwirthschaftliches.

Servitutforste.

Von F. Schollmayr.

Die große Wichtigkeit, die ein guter Waldstand für das Volkswohl eines Landes hat, sowie die bedeutenden Nachteile, welche die Zerstörung der Waldungen direct und indirect der Volkswirtschaft bringt, sind wohl von unserer h. Regierung gewürdigt worden, nicht nur mit dem Forstgesetz vom 3. December 1852, sondern auch mit dem Patente vom 5. Juli 1853 über die Ablösung und Regulirung der Forstservituten.

Besonders durch letzteres soll die Servitutsausübung zum Besten des Waldes möglichst beschränkt, regulirt oder ganz aufgegeben werden, und es ist ganz im staats- und volkswirtschaftlichen Sinne verfaßt, d. h. durch dieses Patent soll nicht nur der fernern Forstdevastation durch die Eingeforsteten Einhalt gethan, sondern auch die Forstcultnr intensiv gehoben werden.

Das erstere dagegen, welches durch die Gerichte gehandhabt werden soll, welche jedoch in der ihnen gestellten Aufgabe weniger die Staatszwecke und Volkswirtschaft wahren und nur über Anrufen des Waldeigenthümers oder Beschädigten einschreiten, ist trotz seiner Vorzüglichkeit auf diese Art, ohne eine Executive, nicht recht anwendbar, um die bei uns tief gesunkene Forstcultnr zu heben.

Zu diesen zwei Dingen gehört unbedingt noch ein Drittes, wenn günstige Resultate, welche doch zu erzielen beabsichtigt war, hiedurch erreicht werden sollen; das Staatsinteresse oder die Volkswirtschaft muß von Amts wegen die Interessen des Waldeigenthümers unentgeltlich wahren, und dies muß durch eine Forstpolizei ermöglicht werden.

Durch unsere zwangsweise Forstservituten-Ablösung,

mit welcher die nachtheiligen Einflüsse der Servituten auf den Wald auf einmal beseitigt werden sollen, da das Bestehen solcher Forstrechte das Hinderniß der Verbesserung des forst- und landwirthschaftlichen Betriebes ist, somit auch die Erhöhung des Volkseinkommens vermindert, sind dieselben nicht nur nicht behoben, sondern wenn nicht bald eine durchgreifende Forstpolizei ins Leben gerufen wird, vielmehr verschlimmert. Die Vortheile, welche man für die Betheiligten und das Volkswohl durch Waldbabtretung beabsichtigte, sind auf diese Art rein illusorisch gewesen, da wie man bis jetzt sieht, der Wald gleich nach Erhalt meist devastirt wird und als verödet daliegt.

Krain wird gewiß an hunderttausend Joch Hoch- und Niedermwald an die Eingeforsteten vertheilt, — diese befanden sich, mit einigen Ausnahmen, früher in ziemlich festen Händen und wurden, wenn auch nicht überall sachmännisch, so doch mit einer gewissen Oekonomie bewirthschaftet und leidentlich erhalten.

Nun denke man sich diese 100.000 Joch vielleicht in 15- bis 30.000 meist hungernden Händen vertheilt, — was für eine Wirthschaft da betrieben wird, kann sich Jeder selbst erklären. Kommt eine Zahlung oder wird im Hause etwas angeschafft, so mußte schon früher der eigenthümliche Wald über seine Kräfte herhalten, jetzt da noch der Aequivalentwald sich mehr befindet, muß dieser in der Regel, ehe er noch an den Betreffenden umschrieben wird, schon sein Haupt neigen, und da wo vor kurzem noch der Schatten das bloße Gestein verdeckte, grünt es jetzt starr, wie hochsprühend, von den Bergen uns an, und ich muß entschieden die Ansicht äußern, daß eine Servitutsablösung durch Waldgründe, wenn nicht andere Vorkehrungen im Interesse des allgemeinen Wohles, wie die bisherigen getroffen werden, nur dann ohne Nachtheil für den Berechtigten und das Allgemeine bleiben kann, wenn eine pflegliche Behandlung des abgetretenen Waldes nach seiner Größe und Beschaffenheit, so wie nach der Individualität des Berechtigten wahrscheinlich erscheint, oder wenn der überlassene holzfreie Grund und Boden nachhaltig einer solchen landwirthschaftlichen Benützung fähig ist, daß dadurch dem Berechtigten voller Ersatz für die directen und indirecten Vortheile seines Waldnutzungsrechtes geboten wird, was jedoch nur dann vollständig zu erreichen ist, wenn sich die fragliche Fläche zur Anlage als Wiesen, oder zum Getreide- und Ackerbau eignet.

Nicht nur bei uns ist dies der Fall, daß die Forsttheilungen entschieden ungünstig für die Erhaltung und den Culturstand der Forste da wirken, wo hinterher Willkür, Unkenntniß und Fahrlässigkeit schalten und walten können, sondern auch in Preußen, Hannover, Baiern u. haben sich auf diese Art unbedingt abgelöste Servituten durch Forsttheilungen gerächt und als verwerflich erwiesen. Es wäre daher vorzuziehen, da wo Fonds zur Disposition für die Ablösung stehen, eine Einschränkung der Forstberechtigung auf den Grad der Unschädlichkeit eintreten zu lassen, und wenigstens so den Wald vor der gänzlichen Devastation zu schützen.

Wir in Krain, die so glücklich für Export situirt sind, und so vielen guten und angewiesenen Waldboden haben, wie könnten wir bei einer ordentlichen Verwaltung und Bewirthschaftung der Forste mit Allen im Holzhandel am Triester Plage concurriren, und welche Capitalien könnte man ins Land ziehen, und wie wohl müßte es dem Staate thun, solche Einkünfte bei seinen Unterthanen zu wissen? Doch scheint es fast fast, als sei dies alles nicht nöthig, und so lange noch einige Stämme da stehen, so lange wird in der miswirthschaft fortgeduldet, — bis am Ende die Augen aufgehen, eine wissenschaftliche Versammlung mit meteorologischen Beobachtungen die andere ablöst, um das öde Gestein zu besichtigen und dessen baldige Verwitterung zu studiren; — ein Vorschlag zur Wiederaufforstung den andern verdrängt, — miscredittirt; — und eine kostspielige Commission die andere vertriebt, auf welche Art dieser eingetretene Calamität mit oder ohne Vorauf das Thunlichste zu steuern wäre.

Verantwortlicher Redacteur: Johann v. Kleinmann.

Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
Böhm. Westbahn zu 200 fl.	147.—	147.50	Clary	zu 40 fl. CM.	26.— 27.—
Def. Don.-Dampfsch.-Ges.	482.—	484.—	St. Genois	„ 40 „ „	25.25 25.75
Deisterich. Lloyd in Triest 500 fl. CM.	187.—	189.—	Windischgrätz	„ 20 „ „	16.50 17.50
Wien. Dampfsch.-Actg. 500 fl. ö. W.	460.—	465.—	Waldstein	„ 20 „ „	20.25 20.75
Pester Kettenbrücke	383.—	387.—	Keglevich	„ 10 „ „	13.50 14.—
Anglo-Anstria-Bank zu 200 fl.	107.25	107.75	Rudolf-Stiftung	„ 10 „ „	12.25 12.50
Lemberger Cernowitzer Actien	167.50	168.—			
Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld Waare		Geld Waare	
Nationalbank auf verlosbar zu 5%	96.70	96.90	Augsburg für 100 fl. fäld. W.	101.10	101.35
„ „ „ „ „	92.10	92.20	Frankfurt a. M. 100 fl. detto	101.20	101.50
„ „ „ „ „	90.—	90.25	Hamburg, für 100 Mark Banco	89.50	89.70
„ „ „ „ „	103.—	104.—	London für 10 Pf. Sterling	121.40	121.70
			Paris für 100 Franks	48.20	48.30
Rosen (pr. Stück)		Geld Waare		Geld Waare	
Cred.-A. f. u. G. z. 100 fl. ö. W.	130.—	130.25	R. Münz-Ducaten	5 fl. 78 tr.	5 fl. 78 1/2 tr.
Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. CM.	86.—	87.—	Napoleonsh'or	9 „ 70 „	9 „ 70 1/2 „
Stadtgem. Ofen „ 40 „ ö. W.	24.75	25.25	Russ. Imperials	9 „ 90 „	9 „ 95 „
Eferhazy „ 40 „ „	115.—	118.—	Bereinsthaler	1 „ 78 1/2 „	1 „ 78 1/2 „
Salin „ 40 „ „	32.—	32.50	Silber	119 „ 60 „	119 „ 80 „
Palffy „ 40 „ „	24.25	24.75			

Cours der Geldsorten

Krainische Grundentlastungs-Obligationen, Prämienanweisung: 86.50 Geld, 87 Waare